

Die Ökumene muss weiter gehen

Impulsreferat

zur Tagung des AK „Erneuerung der Kirche“

„Ökumene-

Wege ins Offene – Handlungsperspektiven entwickeln“

am 5. November 2010

in Bad Honnef- Rhöndorf

Die Reaktion auf den 2. Ökumenischen Kirchentag im Sommer in München war eine doppelte: Freude über den guten Verlauf, über das frohe, ungezwungene Miteinander der Christen, die ökumenische Gemeinsamkeit in den vielen Gottesdiensten und besonders über die in Zusammenarbeit mit der orthodoxen Kirche veranstaltete Agape-Feier. Und Frust über den Stillstand in der ökumenischen Bewegung, besonders aber darüber, dass auch beim angedachten 3. ÖKT im Jahre 2017 aus Anlass der 500jährigen Wiederkehr der Reformation mit einer Zustimmung der katholischen Kirche zu einem gemeinsamen Abendmahl nicht gerechnet werden kann. Angesichts dieser Situation mutet es etwas seltsam an, zu einer Tagung mit dem Titel „Ökumene- Wege ins Offene- Handlungsperspektiven entwickeln“ einzuladen. Wo sind diese offenen Wege? Wo können wir Handlungsperspektiven entwickeln?

Vielleicht erkennen wir sie, wenn wir uns bewusst werden, dass wir in Deutschland, in der EU bereits in der nächsten Zeit im politisch-gesellschaftlichen Raum eine handlungsfähige christliche Gemeinschaft, eine aus der katholischen Kirche und den Kirchen der Reformation gebildete christliche Glaubensgemeinschaft brauchen- oder wie immer man eine auf vielen Gebieten zusammen gewachsene Kirche nennen will. Ganz sicher haben wir nicht mehr die Zeit, Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte - siehe die Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre - auf eine Vereinbarung zwischen den Kirchen über Abendmahl und Eucharistie, über eine gemeinsame Mahlfeier und über das Amtsverständnis zu warten.

Ich gehe bei diesen Bemerkungen zu Beginn unseres Arbeitstages von einer These aus, die der frühere Hamburger Theologe Otto Hermann Pesch vor kurzem in einem Sonderheft der „Herder- Korrespondenz“ zur Frage

der Ökumene entfaltet hat: „Es steht den Kirchen nicht frei, ob sie aufeinander zugehen oder es bei dem Status quo belassen wollen. Wenn nicht Einsicht ein neues ökumenisches Bewusstsein schafft, dann wird es der Druck einer wachsenden kirchenskeptischen, ja gelegentlich schon wieder kulturkämpferischen Gesellschaft tun, bei der der zukünftige Status der Konfessionskirchen nur ein Status quo minus sein kann, den dann auch das günstigste Staatskirchenrecht nicht mehr verhindert.“ (Versöhnt verschieden? Perspektiven der Ökumene. Herder- Korrespondenz Spezial 1-2010, S. 2) Und ich füge hinzu: es besteht die Gefahr, dass die Verantwortung der Kirchen für die Aufgaben in der Welt mehr und mehr in den Hintergrund tritt zugunsten der Bemühungen, die die Kirchen auf ihre Selbsterhaltung aufwenden müssen.

Machen wir uns darüber hinaus klar, dass etwa 40% unserer Bevölkerung nicht der katholischen bzw. evangelischen Kirche angehört, dass jede Konfession für sich mit ihren je 30% in einer Minderheitsposition ist. Und man darf nicht übersehen, dass diese jeweils 30% in der Bevölkerung eben nicht nur aus aktiven Mitgliedern bestehen. Die neuesten Zahlen in der katholischen Kirche in Deutschland besagen, dass in den großen, noch immer wachsenden Seelsorgsbezirken in den Großstädten der Kirchenbesuch auf etwa 4-5% zurückgegangen ist - mit weiter abnehmender Tendenz. Ich denke, es ist dringend notwendig, - da ist Otto Hermann Pesch zuzustimmen - dass mit viel größerer Intensität darüber nachgedacht wird, wie das Zusammenwachsen der Konfessionen gefördert werden kann. Mit anderen Worten: wir brauchen nicht Erklärungen über die Vorteile der Ökumene, wir dürfen es nicht bei dem guten Willen der Christen belassen, an ihrem Ort ökumenische Kontakte zu pflegen. Wir brauchen eine Vorstellung von einer ökumenisch verstandenen Kirche in versöhnter Verschiedenheit und wir brauchen dazu eine zwischen den Konfessionen abgesprochene Strategie, das Zusammenwachsen der Konfessionen auf allen Gebieten in die Wege zu leiten.

Anders gefragt: Braucht es nicht in einer Gesellschaft, die sich religiös immer weiter differenziert (muslimische Glaubensgemeinschaften kommen dazu, andere Überzeugungen und Lebensweisen sind erfolgreich auf dem Markt), braucht es also in einer Gesellschaft, die sich religiös differenziert und weiter säkularisiert, ein gemeinsames Einstehen und Handeln der Christen in den Positionen und Aktionen, in denen sie sich weitgehend einig sind? Wäre diese ökumenische Gemeinsamkeit nicht von Vorteil für die Gesellschaft wie für die Christen und ihre Kirchen - und würde sie unser Leben als Katholiken nicht auch vereinfachen und in der öffentlichen Rolle effizienter machen? Oder: müssen wir diese ökumenische Einheit nicht als eine so radikale Verpflichtung von Jesus her empfinden, dass man den Mut hat, viele an sich unwichtige Bedenken

zurückzustellen? Von daher verstehe ich mein Thema: die Ökumene muss weiter gehen.

Über diese Grundsatzfrage möchte ich mit Euch diskutieren, nicht über die Ökumene im engeren Sinn. Denn München hat gezeigt, dass es dort – in der Abendmahlsfrage, in der Ämterfrage – keine Fortschritte gibt, es könnte sie aber sehr wohl bei dem Zusammenwachsen der Konfessionen als ein vorrangig zu entwickelndes Projekt von Katholiken und Protestanten in Deutschland geben – im Sinne von „Es muss zusammenwachsen, was zusammen gehört“. Ich möchte Euch also keinen theologisch-dogmatischen, sondern einen politologisch-soziologischen Weg zu diesem Zusammenwachsen, und damit letztlich zur Ökumene vorschlagen. Ich möchte die Dogmatik sehen, die sich schließlich, vielleicht nach langer Zeit, nicht an die Lebenswirklichkeit der Christen anpasst – aber das sei einfach dahingestellt und muss uns nicht zögern lassen zu tun, was zu tun ist.

Ich will einen Blick auf die Entwicklung der Ökumene in unserer Lebenszeit werfen, um konkret deutlich zu machen, dass wir uns bereits auf dem angedeuteten Weg befinden, auf einen Weg, auf dem der Mentalitätswandel der Katholiken auch die Kirche zwingt, fundamentale Positionen zu räumen – so neu ist also dieser hier vorgetragene Ansatz nicht.

In meiner Jugend war die Welt in konfessioneller Hinsicht klar geordnet: wir hatten in unserer Stadt eine katholische Cyriakus-Kirche am östlichen Ende der langen Markt-Straße, die evangelische Servatius-Kirche begrenzte die Markt-Straße nach Westen. Wir hatten einen Propst mit fünf Kaplänen, einen evangelischen Pastor mit einem Hilfsgeistlichen. Wir hatten zwei katholische Volksschulen, eine für Jungen, eine für Mädchen, sowie eine gemischte Volksschule für nichtkatholische Kinder. Der Friedhof war allerdings nicht konfessionell aufgeteilt. Aber dafür ein Großteil der Geschäfte: man machte seine Einkäufe beim katholischen oder evangelischen Kaufmann, auch Bäcker und Schlachter wurden nach konfessionellen Präferenzen ausgesucht. Und bis 1933 hatten die Katholiken auch noch ihre eigene Partei. Diese Trennung galt auch im gesellschaftlichen Bereich: ich weiß nicht, was damals schlimmer war, eine Mischehe oder ein uneheliches Kind. Und ich kann mich nicht erinnern, dass meine Eltern irgendeinen gesellschaftlichen Kontakt zu den evangelischen Kollegen an dem Gymnasium hatten. Und mit evangelischen Kindern spielten wir auch nicht. Ich denke, so ähnlich sah es in vielen anderen Städten auch aus. Wir hatten in der Stadt also so etwas, was man heute unter anderen Bedingungen Parallelgesellschaften nennen würde.

In der katholischen Kirche gab es dann immer im Januar eine Gebetswoche zur Wiedervereinigung im Glauben. Und die Zielvorstellung war klar: Die Reformation musste rückgängig gemacht werden, die Protestanten mussten in die Gemeinschaft der wahren Kirche zurückkehren. Man spricht heute über diese Zielsetzung von einer Rückkehr- Ökumene. Es gab meines Wissens eine kleine Gruppe, die auch etwas mit Schriften und Vorträgen für eine so verstandene Einheit der Kirche tat, aber der Großteil der Katholiken stand dieser Frage mehr oder weniger gleichgültig gegenüber und versprach sich auch wenig von dieser speziellen Gebetswoche. Über eine Strategie, wie man zu dieser Einheit kommen könnte, wurde kaum nachgedacht. Ein orthodoxer Geistlicher in Bonn hat uns dieser Tage auf die Frage nach den ökumenischen Bestrebungen in seiner Kirche geantwortet, Gott wolle eine Einheit der Kirche und daher werde sie auch irgendwann kommen. Ich glaube, das war die Grundeinstellung vieler Katholiken in der Vorkriegszeit zur Ökumene.

Der erste Anstoß zu der Überwindung dieser Engführung in der ökumenischen Fragestellung kam von der Politik. Die kirchenfeindlichen Maßnahmen der Nationalsozialisten, die beide Konfessionen betrafen, brachten Katholiken und Protestanten allmählich etwas näher. Und die Belastungen im Zweiten Weltkrieg machten deutlicher als vieles andere, dass die Menschen aus beiden Konfessionen aufeinander angewiesen waren. Es entstand so etwas wie eine kirchliche Gastfreundschaft, vor allem in den zerbombten Städten. Eine erste Konsequenz dieses neuen Miteinanders in der Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg war die Gründung der CDU, d. h. die Katholiken verzichteten auf die Wiederbegründung des Zentrums als der Vertreterin ihrer politischen und konfessionellen Interessen. In dieser neuen Partei standen sich beide Fraktionen zunächst noch abwartend gegenüber. Die Katholiken fürchteten, dass die evangelischen Liberalen die Oberhand bekommen würden, die evangelischen Parteimitglieder glaubten ihre Interessen nur durch die Gründung eines eigenen Evangelischen Arbeitskreises in der Union sichern zu können.

Aber nach und nach wurden die konfessionellen Barrieren in der Gesellschaft abgebaut. Bei diesem Prozess ist die Bedeutung der Flüchtlinge nicht zu unterschätzen. Sie wurden ja nicht nach konfessionellen Gesichtspunkten auf die deutschen Länder verteilt, es entstanden viele konfessionelle Mischgebiete. Auch hier bewährte sich vielfach konfessionelle Gastfreundschaft. Christen öffneten gegenseitig ihre Gotteshäuser der anderen Konfession zur Feier des Gottesdienstes. Mischehen wurden geschlossen, in vielen Orten gab es gemeinsamen Schulbesuch. Die Aufhebung der konfessionell ausgerichteten Volksschulen wurde auf diese Weise vorbereitet.

Hinzu kam in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg eine Differenzierung in den Kirchen selbst: um einen Kern aktiver Christen in beiden Konfessionen gliederten sich im quasi konzentrischen Kreisen Menschen mit unterschiedlicher Bindungsbereitschaft bis hin zu denen, die nur bei Hochfesten eine Kirche aufsuchten und bei den Festen der Lebenswende gern von dem kirchlichen Ritual Gebrauch machten. Allerdings zahlten sie alle ohne Unterschied der inneren Bindung ihre Kirchensteuer. Die Konfession ist heute kaum noch ein Gruppengestaltungsmerkmal.

In diesen Jahrzehnten verbesserten sich allmählich die Beziehungen zwischen den Kirchen in Deutschland sowohl auf der Ebene der Kirchenleitungen- ich erinnere exemplarisch an das „Sozialwort der Kirchen“ Ende der neunziger Jahre - als auch der Gemeinden, genauer zwischen den Christen, die sich der Gemeindegarbeit verbunden fühlten. Gemeinsame Gottesdienste wurden häufiger, ebenso Einladungen zu besonderen Gottesdiensten der anderen Konfession, teilweise bis hin zur Teilnahme an der Kommunion bzw. Abendmahl. Die beiden Ökumenischen Kirchentage 2003 in Berlin und jetzt in München haben dieser Gemeinsamkeit einen besonderen Nachdruck verliehen.

Bei dieser Entwicklung ist aber eine genauere Zielbestimmung für die Ökumene auf der Strecke geblieben. Das Ziel einer Heimhol- Ökumene ist angesichts der sich ständig verbessernden Beziehungen zwischen den Konfessionen obsolet geworden. Ratzinger hat das neue Ziel sehr deutlich formuliert: „Die Ökumene soll nicht an die Stelle der Konfessionen treten, die Konfessionen sollten vielmehr Gestalt und Ausdruck von Ökumene sein. Die Treue zum Eigenen kann sich durchaus verbinden mit ökumenischer Offenheit. Kirchen sollen Kirchen bleiben und eine Kirche werden.“ Das 2. Vatikanische Konzil hat dann Mitte der 60er Jahre die katholische Kirche auf das ökumenische Anliegen verpflichtet. Der Münchener Dogmatiker Peter Neuner interpretiert die neue Haltung der katholischen Kirche so: „Die Vielfalt der Konfessionen wird in den Veröffentlichungen zur Ökumene nicht nur als Übel, sondern auch als Reichtum gesehen, der nicht einer Einheitlichkeit oder gar einer zentralistischen Kirchenregierung geopfert werden darf.“(Neuner HK S.7)

Wer sich allerdings vom Zweiten Vatikanischen Konzil eine Antwort auf die Frage nach dem Ziel der Ökumene erwartet hatte, wurde enttäuscht. Infolgedessen findet sich im CIC von 1983 auch kein Abschnitt über die Ökumene. Daher gibt die Formulierung, man wolle eine „Einheit in versöhnter Verschiedenheit“ am ehesten den augenblicklichen Stand der Reflektion wieder. Und was steht in unseren Grundsätzen: „Wir setzen uns ein für die Einheit der Christen in Vielfalt mit dem Ziel der Tischgemeinschaft der christlichen Konfessionen.“ Und wie wir hat auch die Kirche sich niemals bemüht, genauer festzulegen, was zum Kern der

Einheit gehört und was als Verschiedenheit in einer gemeinsamen Kirche bestehen bleiben kann. In der Frage nach der konkreten Einheit handeln alle Kirchen mit zu viel taktischer Vorsicht. Sie rücken nicht wirklich mutig heraus mit konkreten Erklärungen, unter welchen Bedingungen sie auch unter Opfern wirklich zu einer Einigung mit den anderen Kirchen bereit sind.

Ich ziehe ein erstes Fazit. Die Entwicklung des Zusammenwachsens, des bewussten aufeinander Zugehens der beiden Konfessionen seit 1933 hat deutlich gemacht: Es sind die Mentalitätsveränderungen in der Gesellschaft, die dann auch zu Veränderungen in der theologischen Zielvorstellung von Ökumene geführt haben. Keine Konfession verlangt mehr die Integration der anderen. Das Bemühen geht eher dahin, auch die theologischen Barrieren endgültig abzubauen. Anders ausgedrückt: die Änderung der theologischen Zielsetzung ist auch eine Funktion der Veränderungen in der Mentalität der Christen. Und so sollte man überlegen, ob man an einem Zusammenwachsen der Konfessionen auf möglichst umfassende Weise arbeitet in der Hoffnung, der Erwartung, dass unter dem Eindruck solcher gesellschaftlichen Veränderungen auch letztlich die jetzt als unvereinbar dastehenden Aussagen über Abendmahl und Eucharistie neu formuliert werden.

Dieses gemeinsame Bemühen um Maßnahmen, die das Zusammenwachsen befördern, kann in dem Bewusstsein geschehen, dass wir fast alles im Glauben schon gemeinsam haben, dass der Weg zu einer Ökumene schon zu 99% geschafft ist. Wir haben gemeinsam die Schrift, das Credo, die Verheißungen und Hoffnungen, das Verständnis vom Menschen. Daran gemessen erscheinen die Verschiedenheiten doch eher minimal und rechtfertigen nicht die vorherrschende zurückhaltende Praxis der Ökumene.

Das bedeutet natürlich nicht, dass die Theologen sich nicht – wie bisher – darum bemühen sollten, eine Konsensformel für das umstrittene Abendmahlsverständnis zu finden. Sie müssen aber auch in ihre Überlegungen einbeziehen, dass sich offensichtlich ein Wandel im *sensus fidelium* andeutet, sich fragen, ob sich nicht allmählich die Auffassung durchsetzt, ein solches gemeinsames Grundverständnis in der Abendmahlsfrage sei für die praktische Ökumene nicht notwendig, die unterschiedlichen Auffassungen in dieser Frage gehörten zu den Dingen, die man in versöhnter Verschiedenheit akzeptieren müsse. Es gibt inzwischen viele Ausnahmegenehmigungen. Und Papst Benedikt hat Fraire Roger auch die Kommunion ausgeteilt) und es gibt viel Hinweise auf eine Entwicklung in dieser Richtung. Ich nenne einige:

- Pastoral: Die südafrikanische Bischofskonferenz hat bereits vor 10 Jahren entschieden, dass die Einladung zum Gemeinsamen

Abendmahl für alle ökumenisch ausgerichteten Veranstaltungen gelten kann. Danach müsste es auch für unsere Ökumenischen Kirchentage in Deutschland und in den einzelnen Diözesen gelten.

- Dogmatisch: Der Direktor des Adam- Möhler- Instituts in Paderborn fragt. „Erlaubt der mit den lutherischen Kirchen erzielte Konsens in der Frage der Rechtfertigung eine Erweiterung der Ausnahmeregelung für die Teilhabe lutherischer Christen an der katholischen Eucharistie?“ Er sieht die Entwicklung dahin positiv.
- Praxis: Es ist aber auch nicht zu übersehen, dass viele Katholiken das Verbot, in einem evangelischen Gottesdienst am Abendmahl teilzunehmen, für sich nicht mehr akzeptieren. Heinz Echelmeyer hat diesen Prozess schon bei unserer Ökumenetagung 2001 beschrieben: Zu einer schnelleren Einigung könnte beitragen, dass sich “vor Ort eine Praxis entwickelt und verselbständigt, die von den Ergebnissen der amtlichen Gespräche kaum oder gar nicht Notiz nimmt, nicht zuletzt deshalb, weil das alles so mühsam und retardierend verläuft.“ Evangelische und katholische Christen nehmen wechselseitig an den jeweiligen Abendmahls- und Eucharistiefiern teil.

Die Bamberger Dogmatikerin Johanna Rahner stellt fest: Ökumene scheint sich zu einem Generationenthema der heute über 50-Jährigen zu entwickeln. In unseren Gemeinden ist in den letzten beiden Jahrzehnten eine Generation herangewachsen, die die Errungenschaften in Sachen Ökumene nicht mehr als etwas Besonderes erlebt. Ökumenische Aktivitäten und offenes ökumenisches Miteinander sind für sie schon zur Normalität geworden.

Wichtiger ist es, ein möglichst enges Zusammenwachsen der Konfessionen als mittelfristiges Ziel ins Auge zu fassen, so viele Gemeinsamkeit - in welcher Form auch immer - zu organisieren. Es müsste als Grundsatz gelten: Nicht eine gemeinsame Institution bedarf der Rechtfertigung, sondern getrennte Einrichtungen für denselben Zweck. Es gibt viele strategische Schritte, die dorthin führen. Dazu gehören sicher die in vielen Gemeinden gefeierten ökumenischen Gottesdienste, die Zusammenarbeit im Bereich der Bildungswerke etc. Aber das ist m. E. nur ein Anfang. Wir sollten in den Arbeitsgruppen darüber nachdenken, welche Schritte wir unseren Bischöfen, dem ZdK vorschlagen können, um diesen Prozess zu fördern, mit unseren Gesprächspartnern ausloten, was wir machen können. Und wenn sich die beiden Kirchen auf einen solchen Plan einigen können, dann wird man auf den Ökumenischen Kirchentagen auch jeweils ein Sachstandsbericht geben und damit dem Frust begegnen können

1. Gottesdienstbereich: Der Priestermangel führt in den deutschen Diözesen zur Bildung von Großgemeinden mit einigen wenigen Gottesdienststationen, an denen nur gelegentlich noch eine Eucharistiefeyer stattfindet. Für viele Menschen fällt daher die Sonntagsmesse aus, wenn sie nicht eine weit entfernte Kirche besuchen wollen. Es gibt immer mehr Leute, die es dann vorziehen, am Sonntag den evangelischen Gottesdienst zu besuchen. Was im Moment als eine individuelle Regelung erscheint, könnte zwischen den örtlichen Leitenden Priestern auch institutionell geregelt werden – die Abendmahlsteilnahme lasse ich hier ausgeklammert, ich spreche in diesem Zusammenhang über die Teilnahme an einem Wortgottesdienst.
2. Kirchennutzung : Viele Kirchen müssen aufgegeben werden. Ist es eine so falsche Idee, wenn katholische und evangelische Gemeinden gemeinsam überlegen, ob eine Kirche für die Bedürfnisse ausreichend ist, ob also in einer gut erhaltenen Kirche katholischer und evangelischer Gottesdienst gefeiert wird. Kann man nicht gemeinsam überlegen, welchem Zweck man die nicht mehr gebrauchten Kirchen zugeführt werden. Können Kirchen nicht zu Columbarien für beide Konfessionen umgebaut werden? Zitat eines Geistlichen;: Bei uns sind von vier Kirchen zwei abgerissen, es hätte für den Ortsteil aber auch die eine große evangelische Kirche ausgereicht.“
3. Religionsunterricht: In Baden-Württemberg wird ein Versuch mit ökumenischem Religionsunterricht unter Aufsicht der zuständigen Diözesen und Landeskirchen durchgeführt. Diese Versuche müssten an vielen Stellen durchgeführt oder sanktioniert werden, wo sie de facto schon organisiert werden.
4. Gemeinsame Einrichtungen: Es gibt angesichts der zurückgehenden Zahlen der aktiven Gläubigen in beiden Kirchen Schwierigkeiten, Mitglieder für Chöre, für Jugendarbeit, für Bibliotheken zu finden. Müssen diese immer nur konfessionell strukturiert sein? An die Diakonie, an die Caritas, an Kindergärten und Kitas richtet sich die gleiche Frage.
5. Gemeinsame Kommissionen: In der Politik stellen sich Fragen, die beide Kirchen in gleicher Weise angehen: die Fragen der aktiven Sterbehilfe, die Präimplantationsdiagnostik, soziale Fragen. Das Sozialwort der Kirchen mag hier exemplarisch genannt werden. Hier müsste eine Zusammenarbeit selbstverständlich sein. Sicher geschieht das schon auf der Ebene der beiden bei der Bundesregierung akkreditierten Beauftragten. Man spricht sich ab

und arbeitet eine gemeinsame Strategie aus. Auf Landes- und Lokalebene müsste Gleiches geschehen

6. Staatskirchenrecht: Es gibt Entwicklungen in unserer Gesellschaft, die den Kirchen ihre Sonderstellung nehmen wollen, nicht zuletzt ausgelöst durch das Verhalten der Katholischen Kirche in den Missbrauchsfällen. Auf dem letzten Juristentag wurde u. a. diskutiert, ob die Kirchen weiterhin den Status einer Körperschaft des Öffentlichen Rechts behalten sollen. An diesem Status hängt u. a. auch der Einzug der Kirchensteuer durch die Finanzämter. Der Wegfall dieses Zahlungszwangs würde beide Kirchen in erhebliche finanziellen Schwierigkeiten bringen. So bieten sich gemeinsame Überlegungen an, ob und ggf. wie man eine solche Entwicklung stoppen kann.
7. Zeitungen: Dass bald auch der „Rheinische Merkur“ nur noch als Beilage zur „Zeit“ erscheint, ebenso wie das evangelische Magazin „Chrismon“ bei der FAZ, ist sicher ein Schritt in die falsche Richtung.
8. Presseagenturen: Es gibt zwei kirchliche Presseagenturen, auch hier könnte man an eine Zusammenlegung denken, nicht zuletzt unter der Devise: „Kostet halb so viel und ist doppelt so gut.“

Eine so mehr politisch- soziologisch verstandene Ökumene oder eben treffender Zusammenwachsen der Konfessionen stellt natürlich auch eine Nagelprobe auf die Ernsthaftigkeit des ökumenischen Willens dar. Die theologische Diskussion ist im gewissen Sinne wohlfeil, da sie bis jetzt im Wesentlichen im Austausch von Erklärungen und Vorschlägen besteht. Auch die Fortführung gemeinsamer Gottesdienst- und Bildungsveranstaltungen stellt keine größere finanzielle Belastung der Kirchenkassen dar, betrifft aber Arbeitsplätze. Das gilt auch für viele der anderen Maßnahmen, die ich hier vorgeschlagen habe. Es sind auch Machtfragen betroffen, und es ist daher zu erwarten, dass in diesem undogmatischen Bereich noch eine Fülle von Widerständen auftauchen, die aus ökumenischer Sicht überhaupt keine Rolle spielen müssten.

Ich könnte mir vorstellen, dass wir heute zwei Papiere erstellen, eines mit dem Arbeitstitel „Ökumene muss weitergehen“ und eines mit dem Arbeitstitel „Was kann ich morgen tun?“ Ich verstehe die Überschrift „Ökumene muss weitergehen“ in einem zweifachen Sinn: einmal als ein Votum gegen die Tendenzen einer Reklerikalisierung, gegen die Vorstellung, nur eine kleine Gemeinschaft könne das verwirklichen, was man unter katholischer Kirche versteht, und zum andern in dem Sinn: Ökumene muss sich auf deutlich mehr Bereiche erstrecken, als wir es im Moment praktizieren. Und wir selbst sollten diesen Überlegungen auch

dadurch Rechnung tragen, dass wir unsere Leitsätze in den nächsten Monaten überdenken.

Ich habe einen Traum: Ende der neunziger Jahre haben die französischen Bischöfe ein Hirtenwort veröffentlicht, in dem sie die Verantwortung der Christen für die Gestaltung der Welt zum Ausdruck gebracht haben: „Proposer la foi dans la société actuelle“ „Den Glauben anbieten für die Menschen unserer Zeit.“ Ich sehe die Vertreter der Deutschen Bischofskonferenz, des ZdK, die evangelischen Landesbischöfe, die Vertreter der Laiengremien vereint auf einer Großveranstaltung einen ähnlichen Text verkünden als einen ersten Schritt auf dem Wege des Zusammenwachsens von katholischer Kirche und den Kirchen der Reformation – 2017 - 500 Jahre nach dem Anschlag der 95 Thesen an der Wittenberger Kirchentür.

Ich weiß, dass das ein Traum, ist. Aber ich bin auch überzeugt, dass wir 2017 weiter sein könnten, wenn Ökumene in dieser breiten Form auf vielen Ebenen bewusst angegangen würde.